



**RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION**

**Brüssel, den 17. Februar 2006 (20.02)
(OR. en)**

6505/06

**COMPET 19
EDUC 34
RECH 22
ECO 21
IND 20
MI 33
SOC 78**

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

Absender: Herr Jordi AYET PUIGARNAU, Direktor, im Auftrag des
Generalsekretärs der Europäischen Kommission

Eingangsdatum: 14. Februar 2006

Empfänger: der Generalsekretär/Hohe Vertreter, Herr Javier SOLANA

Betr.: Umsetzung des Lissabon-Programms der Gemeinschaft:
Förderung des Unternehmergeistes in Unterricht und Bildung

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Kommissionsdokument - KOM(2006) 33 endgültig

Anl.: KOM(2006) 33 endgültig



KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN

Brüssel, den 13.2.2006
KOM(2006) 33 endgültig

**MITTEILUNG DER KOMMISSION AN DEN RAT, DAS EUROPÄISCHE
PARLAMENT, DEN EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND SOZIALAUSSCHUSS
UND DEN AUSSCHUSS DER REGIONEN**

Umsetzung des Lissabon-Programms der Gemeinschaft:

Förderung des Unternehmergeistes in Unterricht und Bildung

INHALTSVERZEICHNIS

1.	Einleitung	3
1.1.	Unternehmerische Initiative als Schlüsselkompetenz für Wachstum, Beschäftigung und Selbstverwirklichung.....	4
2.	Unternehmerische Initiative in der Schulbildung.....	5
2.1.	Unternehmerische Initiative im Rahmen von schulischen Lehrplänen	5
2.2.	Unternehmerische Initiative im Primarbereich (Schüler unter 14 Jahren).....	6
2.3.	Unternehmerische Initiative im Sekundarbereich (Schüler über 14 Jahre)	7
2.4.	Unterstützung für Schulen und Lehrer.....	8
3.	Unternehmerische Initiative im Hochschulbereich	10
4.	Der weitere Weg.....	12
4.1.	Ein kohärenter Rahmen.....	12
4.2.	Unterstützung für Schulen und Lehrer.....	12
4.3.	Teilnahme von externen Akteuren und Unternehmen.....	12
4.4.	Die Förderung der unternehmerischen Initiative im Hochschulbereich	13

1. EINLEITUNG

Im Februar 2005 schlug die Kommission eine Neuausrichtung der Lissabon-Strategie vor, die die Anstrengungen der Europäischen Union auf zwei wesentliche Ziele konzentriert: die Verwirklichung eines stärkeren und nachhaltigen Wachstums und die Schaffung von mehr und besseren Arbeitsplätzen. In der neuen **Partnerschaft für Wachstum und Beschäftigung** liegt der Schwerpunkt auf der Herausbildung einer stärker unternehmerisch geprägten Kultur und der KMU-freundlicheren Gestaltung des Wirtschaftsumfelds.

Wettbewerbs- und Wachstumsfähigkeit einer Volkswirtschaft hängen von einem ausgewogen gemischten Unternehmensbestand ab, der erreicht werden kann, indem Neugründungen vermehrt gefördert und Unternehmensübertragungen unterstützt werden. Aus Forschungsarbeiten haben sich Anhaltspunkte dafür ergeben, dass **unternehmerische Initiative** („Entrepreneurship“) und **Wirtschaftswachstum**, insbesondere in den einkommensstarken Ländern, positiv korrelieren¹, wobei das BIP-Wachstum natürlich noch einer Vielzahl anderer Einflussfaktoren unterliegt. Für ein nachhaltiges Wachstum, das auf Innovation und herausragenden wissenschaftlichen und technologischen Kapazitäten basiert, bedarf es zahlreicher neuer Unternehmen mit Potenzial für mehr und bessere Arbeitsplätze. In Ländern mit stärker gestiegener Gründungstätigkeit geht in der Folge die Arbeitslosigkeit tendenziell stärker zurück.² Zudem geraten die Sozialsysteme wegen der sinkenden Arbeitnehmerzahl immer mehr unter Druck. Will Europa sein Sozialmodell mit Erfolg bewahren, braucht es mehr Wirtschaftswachstum, **mehr neue Unternehmen, mehr für innovative Konzepte offene Unternehmer und mehr wachstumsstarke KMU**.

Unternehmerisches Denken und Handeln kann auch zum sozialen Zusammenhalt in schwächer entwickelten Regionen und zur Wiedereingliederung arbeitsloser oder benachteiligter Menschen in den Arbeitsmarkt beitragen. Zudem bietet es die Möglichkeit, das bei **Frauen** vorhandene, aber noch ungenutzte unternehmerische Potenzial freizusetzen.

Integrierte Maßnahmen sollen ein **positiveres Image der unternehmerischen Initiative in der Gesellschaft** bewirken, nicht nur, um die Einstellungen zu ändern, sondern auch, damit die Europäer ihre Fertigkeiten verbessern und Hindernisse beseitigt werden, die Neugründungen, Übertragungen und Unternehmensausbau im Wege stehen. Die Hindernisse regulatorischer, steuerrechtlicher und finanzieller Art wurden bereits in früheren Papieren der Kommission behandelt.³ Im Februar 2004 verabschiedete die Kommission einen **Aktionsplan für unternehmerische Initiative**⁴, in dem bereichsübergreifende flankierende Maßnahmen für die politische Förderung der unternehmerischen Initiative angeregt werden. Im November 2005 wurde eine integrierte **KMU-Politik** eingeleitet.⁵

¹ Global Entrepreneurship Monitor 2004.

² D. Audretsch, *Entrepreneurship: A survey of the literature*, Oktober 2002.

³ Siehe auch im Internet unter http://europa.eu.int/comm/enterprise/entrepreneurship/index_de.htm.

⁴ Europäische Agenda für unternehmerische Initiative, KOM (2004)70 endg. vom 11.2.2004.

⁵ Eine zeitgemäße KMU-Politik für Wachstum und Beschäftigung, KOM (2005)551 endg. vom 10.11.2005.

Unter den zahlreichen Einflussfaktoren, denen die unternehmerische Initiative unterliegt, sind auch kulturelle Aspekte zu berücksichtigen. Europäer sind eher zurückhaltend, Chancen zur Selbständigkeit zu ergreifen oder unternehmerischen Aktivitäten nachzugehen.⁶ Entsprechende Untersuchungen haben ergeben, dass zwischen der **Unterstützung kultureller Art** (z. B. Bildungsprogramme, Werbekampagnen) und dem Umfang der unternehmerischen Tätigkeit in der EU ein positiver Zusammenhang besteht.⁷

Die Förderung unternehmerischen Denkens und Handelns bei jungen Menschen ist ein Schlüsselement des **Europäischen Pakts für die Jugend**, dem der Europäische Rat im März 2005 zugestimmt hat.

1.1. Unternehmerische Initiative als Schlüsselkompetenz für Wachstum, Beschäftigung und Selbstverwirklichung

Unternehmerische Initiative (Entrepreneurship) bezeichnet die Fähigkeit des Einzelnen, Ideen in die Tat umzusetzen. Sie setzt Kreativität, Innovation und Risikobereitschaft voraus sowie die Fähigkeit, Projekte zu planen und durchzuführen, um bestimmte Ziele zu erreichen. Sie hilft dem Einzelnen in seinem täglichen Leben zu Hause oder in der Gesellschaft, ermöglicht Arbeitnehmern, ihr Arbeitsumfeld bewusst wahrzunehmen und Chancen zu ergreifen, und sie ist das Fundament, auf dem Unternehmer eine gesellschaftliche oder gewerbliche Tätigkeit aufbauen.⁸

Zur Herausbildung der **allgemeinen Eigenschaften und Fertigkeiten**, auf denen die unternehmerische Initiative gründet, kommt die Vermittlung **besonderer betriebswirtschaftlicher Kenntnisse** hinzu, die der betreffenden Bildungsstufe angepasst sein müssen. Indem der Begriff „verantwortungsbewusstes Unternehmertum“ stärker in den Vordergrund gestellt wird, gewinnt eine Karriere als Unternehmer an Attraktivität.

Zwar werden nicht alle jungen Menschen, die unternehmerische Kompetenz entwickeln, auch tatsächlich zum Unternehmer, doch gibt es Belege, dass etwa 20 % der Schüler, die sich in der Sekundarstufe an Schülerfirmen beteiligt haben, **später ein eigenes Unternehmen gründen**.⁹ Die Erziehung zu unternehmerischem Denken und Handeln verbessert die Chancen für Firmengründungen und Selbständigkeit und verschafft dem Einzelnen mehr wirtschaftlichen Erfolg und Zufriedenheit. Außerdem profitiert jedes wachstumsorientierte dynamische KMU von jungen Menschen, die unternehmerisch denken und handeln können.

Die Erziehung zu unternehmerischem Denken und Handeln wird jedoch nicht nur mehr Existenzgründungen, innovative Konzepte und neue Arbeitsplätze bringen. **Unternehmerische Initiative ist eine Schlüsselkompetenz für alle**, und sie verhilft jungen Menschen zu mehr Kreativität und Selbstvertrauen bei Unternehmungen jeglicher Art und zu einem sozial verantwortlichen Handeln.

⁶ Flash Eurobarometer 160 „Entrepreneurship“, Juni 2004.

⁷ Global Entrepreneurship Monitor 2004.

⁸ Vorschlag der Kommission für eine Empfehlung zu Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen, KOM(2005) 548 endg.

⁹ Mini-Unternehmen im Sekundarunterricht BEST-Projekt: Schlussbericht der Sachverständigengruppe, September 2005.

Im **Arbeitsprogramm allgemeine und berufliche Bildung 2010** werden unternehmerische Fähigkeiten in einem Bezugsrahmen von acht Schlüsselkompetenzen für das **lebenslange Lernen** genannt, die für Selbstverwirklichung, soziale Integration, aktive Bürgerschaft und Beschäftigungsfähigkeit erforderlich sind. Darauf baut ein kürzlich von der Kommission vorgestellter Vorschlag für eine Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Rates auf.¹⁰

Traditionell werden in Europa unternehmerisches Denken und Handeln sowie selbständige Erwerbstätigkeit im Rahmen der formalen Bildung nicht besonders gefördert. Da sich jedoch Einstellungen und kulturelle Bezugspunkte in einem sehr frühen Alter herausbilden, **können die Bildungssysteme einen wichtigen Beitrag dazu leisten, den Mangel an Existenzgründern in der EU zu beheben.**

An dieser Stelle wird sehr wohl anerkannt, dass die unternehmerische Kompetenz durch **lebenslanges Lernen** erworben und erhalten werden sollte; der Schwerpunkt dieser Mitteilung wird jedoch auf der Bildung **von der Primarschule bis zur Hochschule** liegen, wozu auch die **berufliche Bildung** im Sekundarbereich (Erstausbildung) und **technische Bildungseinrichtungen** des Hochschulbereichs gehören.

Die Erziehung zu unternehmerischem Denken und Handeln ist bereits Gegenstand zahlreicher Initiativen, die jedoch nicht immer Teil eines zusammenhängenden Ganzen sind. Ausgehend von den Ergebnissen des Gemeinschaftsprogramms MAP¹¹, **soll die vorliegende Mitteilung die Mitgliedstaaten darin unterstützen, eine systematischere Strategie für die Vermittlung unternehmerischen Denkens und Handelns im Bildungswesen zu entwickeln.** In Europa lassen sich vorbildliche Verfahren finden. Die Herausforderung liegt darin, die bestehenden positiven Beispiele weiter zu verbreiten.

2. UNTERNEHMERISCHE INITIATIVE IN DER SCHULBILDUNG

2.1. Unternehmerische Initiative im Rahmen von schulischen Lehrplänen¹²

- **Die Aufnahme ausdrücklicher Lernziele in die Lehrpläne, zusammen mit Leitlinien für die praktische Umsetzung, verschafft der Erziehung zu unternehmerischem Denken und Handeln eine solidere Basis.**

Insbesondere im Sekundarbereich gibt es Fächer, die - auf Anregung der Schulen und Lehrer - für das Lernziel „Entrepreneurship“ genutzt werden können. Allzu häufig finden solche Aktivitäten jedoch außerhalb des festen Lehrplans statt.

¹⁰ Vorschlag der Kommission für eine Empfehlung zu Schlüsselkompetenzen für lebenslanges Lernen.

¹¹ Entscheidung des Rates vom 20. Dezember 2000 über ein Mehrjahresprogramm für Unternehmen und unternehmerische Initiative, insbesondere für die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) (2000/819/EG).

¹² Rahmenlehrpläne für die Schulbildung können national oder regional festgelegt werden. Die hier entwickelten Ideen sollten daher an die jeweiligen Landesverhältnisse angepasst werden.

In einigen Ländern **wurden oder werden die nationalen Lehrpläne überarbeitet**, um die unternehmerischen Kompetenz in Zukunft zu berücksichtigen. Zwar setzten die Reformen nur in wenigen Fällen einheitlich an verschiedenen Bildungsebenen und –typen an, es gibt aber doch einige nennenswerte Beispiele.¹³

In **Polen** wird betriebswirtschaftliches Grundwissen als Pflichtfach an allen allgemein- und berufsbildenden Sekundarschulen unterrichtet. Lernziele sind die Herausbildung einer unternehmerischen Einstellung und das Know-how für die Gründung eines Unternehmens.

Unternehmerische Initiative und selbständige Erwerbstätigkeit sind als Lernziele häufiger im **berufsbildenden Sekundarunterricht** anzutreffen.

In **Österreich** ist der Unterricht in unternehmerischem Denken und Handeln Bestandteil der Lehrpläne der technischen und berufsbildenden Sekundarschulen, beispielsweise in Form von Übungsfirmen.

Unternehmerische Kompetenz wird sowohl mit **formalen wie auch nicht-formalen** Konzepten (z. B. Jugendarbeit und verschiedene Formen der gesellschaftlichen Teilhabe) eingeübt. Instrumente für die Anerkennung und Validierung unternehmerspezifischer Fertigkeiten, die auf nicht formalem Weg erlernt wurden, sollten weiter ausgebaut werden.

2.2. Unternehmerische Initiative im Primarbereich (Schüler unter 14 Jahren)¹⁴

- **Es sollte Aufmerksamkeit dafür geweckt werden, wie nützlich eine unternehmerische Grundbildung bereits in den ersten Stufen des Bildungswesens für die Gesellschaft als Ganzes und für die Lernenden selbst ist.**

Die Grundlagen für alle Fähigkeiten, die einem Menschen helfen, das eigene Leben besser zu bewältigen, werden in der Vorschul- und der Schulzeit gelegt. Im Primarbereich trägt die Förderung von Eigenschaften wie Kreativität und Eigeninitiative zur Herausbildung unternehmerischer Einstellungen bei. Am besten lässt sich dies durch aktives Lernen erreichen, das sich die natürliche Neugier der Kinder zunutze macht. Darüber hinaus sollte der Sozialkundeunterricht auch **frühzeitig Wissen** über Arbeitswelt und Unternehmen vermitteln und **Berührungspunkte** mit diesen herstellen sowie über die Rolle aufklären, die Unternehmer in der Gemeinschaft spielen.

In einer Reihe von Mitgliedstaaten werden die Schulen durch Lehrpläne dazu ermuntert, Kinder an Eigeninitiative und die Übernahme von Verantwortung heranzuführen. Beispiele für einen konkreten Unterricht in unternehmerischem Denken und Handeln sind jedoch selten. In der Regel sind **zusammenhängende Initiativen oder Programme der Bildungsbehörden im Primarbereich noch eher selten anzutreffen**; hier engagieren sich häufig **externe Akteure** wie von privaten Trägern unterstützte Organisationen ohne Erwerbzzweck. Dennoch gibt es eine Reihe **bewährter Verfahren, die** unter Behörden, Schulen, Lehrern und Eltern **weiterverbreitet werden sollten**.

¹³ Beispielsweise in Spanien, Irland, Polen, Finnland und im Vereinigten Königreich, aber auch in Norwegen. MAP-Projekt “Erziehung zu unternehmerischer Initiative“, Abschlussbericht März 2004 und Bericht 2005 über die Umsetzung der Europäischen Charta für Kleinunternehmen.

¹⁴ „Primarbereich“ bezieht sich auf den Bereich I der ISCED-Klassifikation der UNESCO von 1977. Es ist zu beachten, dass Primar- und Sekundarbildung in den einzelnen Mitgliedstaaten der EU sehr unterschiedlich definiert werden.

In **Luxemburg** wird die Gründung eines Unternehmens im Rahmen des Französisch-Programms der 6. Primarschulklassen (Kinder im Alter von 11-12 Jahren) behandelt; das in allen Primarschulen hierfür verwendete Unterrichtsmaterial ist der Cartoon „*Boule et Bill créent leur entreprise*“ (Boule und Bill gründen ein Unternehmen). Der Cartoon wird ebenfalls im Mathematik-Programm zur Einführung in die Grundlagen der Finanzanalyse eingesetzt.

Zu den Methoden zur Förderung der Aufgeschlossenheit für unternehmerische Initiative gehören Projektarbeit, Rollenspiele, einfache Fallstudien und Besuche örtlicher Unternehmen. Dies sind Aktivitäten, die sich für eine Reihe weiterer Fächer eignen und diejenigen motivieren, die am besten durch praktisches Handeln lernen. Besonders gegen Ende der Primarschulbildung können Programme mit unternehmerischem Bezug erfolgreich **Kreativität, Innovation und eine einfache Geschäftsidee** miteinander kombinieren (beispielsweise verkaufen Schüler Produkte auf schulischen Veranstaltungen).

In mehreren Ländern¹⁵ wird das Programm „**Young Inventors Competition**“ für die Zielgruppe der 6- bis 16jährigen in Primarschulen und Schulen des Sekundarbereichs I durchgeführt. Es soll die Kreativität der Schüler anregen, sie zur Entwicklung eigener Ideen anspornen und den Wettstreit in ihnen wecken. Die Gewinner werden mit Preisen für Entwürfe und Erfindungen ausgezeichnet.

2.3. Unternehmerische Initiative im Sekundarbereich (Schüler über 14 Jahre)¹⁶

- **Im Rahmen der Sekundarschulbildung sollen die Schüler für Selbständigkeit und Unternehmertum als Karriereperspektive sensibilisiert werden.**
- **Unternehmerischer Einstellungen und Fertigkeiten können am besten über *Learning by doing* und die konkrete unternehmerische Erfahrung im Rahmen von Praxisprojekten und -aktivitäten gefördert werden.**

In den meisten europäischen Ländern haben die **Lehrpläne** eine sehr breite Zielsetzung und beinhalten durchaus Themen, die sich für die Vermittlung unternehmerischen Denkens und Handelns anbieten (beispielsweise Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Geografie). Allerdings bleibt die tatsächliche Durchführung häufig der Initiative der Schulen und der Lehrer überlassen und ist auf die Unterstützung durch die lokale Geschäftswelt angewiesen. **In einigen Mitgliedstaaten** ist praktische Unternehmererfahrung fester Kursbestandteil.

So bietet der amtliche Lehrplan den Schülern in **Irland** die Möglichkeit, sich im Rahmen von Programmen wie *Transition Year*, *Leaving Certificate Vocational Programme* und *Leaving Certificate Applied* unternehmerische Erfahrung anzueignen.

Der Lernschwerpunkt kann bei diesen Programmen auf der praktischen Geschäftsführung beispielsweise in Form von Schülerfirmen liegen.

¹⁵ Beispielsweise in Finnland, dem Vereinigten Königreich, Island und Norwegen.

¹⁶ Der Sekundarbereich I entspricht dem ISCED-Bereich 2, der Sekundarbereich II, der nach der Schulpflicht beginnt, dem ISCED-Bereich 3.

Ziel solcher **von Schülern in der Schule betriebenen Mini-Unternehmen** ist es, in kleinem Maßstab eine echte Geschäftstätigkeit auszuüben oder die Funktionsweise von Unternehmen realitätsnah zu simulieren. Die Schüler lernen, im Team zu arbeiten, und entwickeln Selbstvertrauen. In den 25 Mitgliedstaaten der EU und in Norwegen nehmen schätzungsweise mehr als 200 000 Schüler jährlich an diesen Programmen teil.¹⁷

Im Rahmen der **beruflichen Sekundarbildung (berufliche Erstausbildung)** kann ein eigenes Gründungstraining besonders wirksam sein, da die Schüler kurz vor dem Eintritt ins Berufsleben stehen und die Selbständigkeit eine aussichtsreiche Perspektive darstellen kann. Doch abgesehen von einigen Ländern (insb. jenen, in denen es ein gut entwickeltes Lehrlings-System gibt) steht das Erlernen unternehmerischen Denkens und Handelns meist nicht im Mittelpunkt, da der Hauptauftrag darin besteht, qualifizierte Arbeitskräfte auszubilden.

Im **Deutschen Berufsausbildungssystem** (dem so genannten „Dualen System“), bei dem die Ausbildung sowohl in der Schule wie im Betrieb stattfindet, lernen junge Leute in der Ausbildung zum Meister, wie man seine eigene Firma gründet. Eine solche Ausbildung zielt nicht nur auf den Erwerb notwendigen Managementwissens ab, sondern auch auf die Förderung unternehmerischer Einstellungen und Fähigkeiten.

Man gewinnt den Eindruck¹⁸, dass die Lehrpläne des Sekundarbereichs **Lehrer und Schulen nicht ausreichend motivieren**, die Erziehung zu unternehmerischem Denken und Handeln zu vertiefen. Daher sind **Unterstützung** und **Anreize** von entscheidender Bedeutung.

2.4. Unterstützung für Schulen und Lehrer

- **Schulen sollten Unterstützung und Anreize geboten werden, um sie so zu ermutigen, Aktionen und Programme zur Vermittlung unternehmerischen Denkens und Handelns einzuführen; zahlreiche konkrete Beispiele, an denen man sich orientieren kann, gibt es bereits.**
- **Die Behörden sollten die Initiative ergreifen und in den Schulen sowie bei Schulleitern und Lehrern für die Erziehung zu unternehmerischem Denken und Handeln werben.**
- **Fachorganisationen bei ihrer Arbeit zu unterstützen, ist eine wirksame Methode für die Verbreitung des Unternehmergeists in Schulen und zur Anregung von Partnerschaften mit der Geschäftswelt.**

Unternehmerische Initiative entwickelt sich in einem Umfeld, das aktive Formen des Lernens fördert. Dies **bedarf der Unterstützung**, unter anderem bei der Aus- und Weiterbildung von Lehrern; ihnen würden damit Zeit und Mittel für die Planung, Durchführung und Bewertung solcher Tätigkeiten gegeben und das Unterrichtsmaterial bereitgestellt; ferner würden die Zuständigkeiten geklärt. Das Engagement von Schulleitung und Schulträgern ist genauso wie die Beteiligung der Eltern von entscheidender Bedeutung.

¹⁷ Mini-Unternehmen im Sekundarunterricht, BEST-Projekt: Schlussbericht der Sachverständigengruppe, September 2005.

¹⁸ Erziehung zu unternehmerischem Denken und Handeln, MAP-Projekt. Abschlussbericht, März 2004.

Die **Behörden** und insbesondere die für die Bereiche Bildung, Beschäftigung, Industrie und Unternehmen zuständigen Stellen müssen die Erziehung zu unternehmerischem Denken und Handeln aktiv fördern. Angesichts des bereichsübergreifenden und interdisziplinären Charakters der Entrepreneurship-Erziehung besteht ein wichtiger erster Schritt auf nationaler Ebene darin, **eine formelle Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Verwaltungsstellen aufzubauen**. Diese Zusammenarbeit kann in eine nationale **Strategie** oder einen nationalen **Aktionsplan** münden.

In **Finnland** wurde 2002 eine Entrepreneurship-Lenkungsgruppe mit Vertretern der verschiedenen Ministerien, Organisationen und Bildungsbehörden eingesetzt, die den Auftrag erhielt, die Erziehung zu unternehmerischem Denken und Handeln auf den verschiedenen Ebenen des Bildungssystems weiterzuentwickeln und zu koordinieren.

Eines der **Haupthindernisse** ist, dass es den Lehrern an Motivation und einer **besonderen Ausbildung** fehlt. Das Engagement der **Lehrer** für praxisbasierte Tätigkeiten, häufig außerhalb der normalen Arbeitszeit, sollte als offizielle schulische Aufgabe anerkannt werden. Obgleich die Behörden inzwischen stärker sensibilisiert sind, werden die Lehrer in den meisten Fällen nicht systematisch angesprochen.

Fortschritte lassen sich dabei mit verschiedenen Mitteln erzielen. Staatliche Unterstützungsmaßnahmen sind darauf ausgerichtet, **Schulen und Unternehmen zu Partnerschaften zu ermutigen, Fachorganisationen**, die konkrete Programme durchführen, **zu unterstützen, Pilotprojekte** in Schulen **zu finanzieren** und **bewährte Verfahren zu verbreiten**. Obwohl bislang nur in begrenztem Umfang systematische Förderung betrieben wurde, gibt es **in Europa Beispiele, die Erwähnung finden sollten**.

In den **Niederlanden** sind dies die staatlich finanzierten Pilotprojekte in Schulen. Die Unterstützung beinhaltet die Entwicklung von Unterrichtsmaterial, die Veranstaltung von Seminaren und Weiterbildungsmaßnahmen für Lehrer. Inzwischen wird darauf hingearbeitet, dass auch andere Schulen diese Projekte übernehmen, indem Schulleitungen, Lehrern und Schülern bewährte Verfahren vorgestellt werden.

Private Akteure (Unternehmensverbände, Firmen, Unternehmer, Unternehmensberater usw.) werden stärker in das Bildungswesen einbezogen, sowohl durch Sponsoring besonderer Initiativen als auch durch direkte Beteiligung am Unterricht, etwa als Mentoren. Die Unternehmen sollten in dieser Teilhabe eine langfristige Investition sowie einen wichtigen Aspekt ihrer **sozialen Verantwortung** sehen. Öffentlich-private **Partnerschaften** sind entscheidend für die Weiterentwicklung der Erziehung zu unternehmerischem Denken und Handeln. Ein Schlüsselfaktor erfolgreicher Programme besteht darin, **Verbindungen zwischen Schule, Geschäftswelt und örtlicher Gemeinschaft zu knüpfen**. Dieser Prozess muss noch weiter gefördert werden.

Zahlreiche **Organisationen**¹⁹ wirken derzeit in ganz Europa durch **Partnerschaften mit der Geschäftswelt** – mit einem gewissen Maß an staatlicher Unterstützung - als Multiplikatoren für die Erziehung zu unternehmerischem Denken und Handeln. Von ihnen werden Programme gefördert, die auf dem praxisnahen Lernen beruhen, beispielsweise indem Schüler kleine Firmen betreiben. Sie leisten in den meisten europäischen Ländern einen bedeutenden

¹⁹ Beispielsweise Mitglieder der Netze *Junior Achievement-Young Enterprise Europe*, *EUROPEN* und *JADE*.

Beitrag zur Erziehung zur unternehmerischen Initiative, vor allem dort, wo sich noch keine Verfahren aus dem Bildungswesen selbst entwickelt haben, aber auch als Ergänzung, falls bereits Verfahren bestehen. Diese Organisationen bieten auch Weiterbildungsmaßnahmen für Lehrer an und können eine Veränderung der nationalen Bildungspolitik anstoßen.

In **Norwegen** arbeitet *Young Enterprise Norway* als Partner der Regierung an der Umsetzung der Entrepreneurship-Strategie mit. 2004 hatten 14 % aller Schulabgänger des Sekundarbereichs II an dem Schülerfirmen-Programm teilgenommen.

3. UNTERNEHMERISCHE INITIATIVE IM HOCHSCHULBEREICH

- **Universitäten, Fachhochschulen und technische Institute sollten unternehmerische Initiative als wesentlichen Bestandteil in ihre Lehrpläne aufnehmen, in verschiedenen Fächern vermitteln und die Studierenden dazu verpflichten oder ermuntern, an Gründungskursen teilzunehmen.**
- **Die Kombination unternehmerischer Einstellungen und Fähigkeiten mit herausragenden Leistungen in wissenschaftlichen und technischen Studiengängen sollte Studierende und Forscher in die Lage versetzen, ihre Ideen und neu entwickelten Technologien besser zu vermarkten.**

In Hochschulstudiengängen ist der Unterricht in unternehmerischer Initiative speziell darauf abgestellt zu vermitteln, wie man **ein Unternehmen gründet und führt**, und er fördert und **unterstützt Geschäftsideen** von Studierenden. Der Hochschulbereich ist in der Regel stark dezentral organisiert; es gibt jedoch einige Beispiele für eine nationale Strategie zur Entrepreneurship-Förderung an Hochschulen, normalerweise ist dies das Ergebnis einer Zusammenarbeit zwischen Verwaltungen und Hochschulen.

Ziel der Initiative *Science Enterprise Challenge* im **Vereinigten Königreich** ist es, an Hochschulen Netze staatlich geförderter Zentren einzurichten, die darauf spezialisiert sind, Entrepreneurship-Studien mit Wissenschaft und Technologie zur Deckung zu bringen.

Es gibt viermal weniger **Entrepreneurship-Lehrstühle**²⁰ in Europa als in den USA.²¹ Zudem wird Unterricht in unternehmerischem Denken und Handeln hauptsächlich Studierenden in **wirtschaftswissenschaftlichen Studiengängen** angeboten; für Studierende anderer Fachrichtungen ist das Angebot beschränkt. Entrepreneurship-Unterricht bleibt meist nur optional und wird tendenziell als eigenständiges Fach angeboten. Die Hochschulen sollten den Unterricht in unternehmerischem Denken und Handeln **in verschiedene Fächer ihrer Studienprogramme einbetten, da sich dadurch ein Zusatznutzen in allen Kursen erzielen ließe**. Um den Mangel an fachlich qualifizierten Professoren zu beheben, **sollte unternehmerische Initiative breitere Anerkennung als Spezialisierung für Doktoranden finden**.

²⁰ Erziehung und Ausbildung zu unternehmerischer Initiative, BEST-Projekt, November 2002.

²¹ Erhebung zum Thema *Entrepreneurship education in Europe*, EFER und EFMD, September 2004. Erhebung zum Thema *Survey of Endowed Positions in Entrepreneurship and Related Fields in the United States*, J. A. Katz, Oktober 2003.

Es wird zu wenig Gebrauch von Fallstudien und sonstigen interaktiven Lehrmethoden gemacht,²² dasselbe gilt für die Einbindung von Geschäftsleuten in den Lernprozess. Zur Entwicklung unternehmerischen Verhaltens bedarf es eines **unterstützenden Umfelds. Hochschuleinrichtungen, die sich für unternehmerisches Denken und Handeln engagieren**, bieten oder erleichtern den Zugang zu Risikokapital, Managementtraining und Networking. **Business-Plan-Wettbewerbe** sind eine gute Möglichkeit, Studenten mit Investoren bekannt zu machen. Das Engagement der Hochschulen zeigt sich auch in der Bereitstellung praktischer Dienstleistungen in Form von **Gründungszentren** und **Technologieparks**.

Der Unterricht im Rahmen prä- und postgradualer **wirtschaftswissenschaftlicher Studiengänge** (einschließlich MBA) sollte sich stärker auf Aspekte wie Gründung eines Unternehmens, Bewältigung der Wachstumsphase eines KMU und anhaltende Innovationstätigkeit konzentrieren.

Besondere Aufmerksamkeit sollte der systematischen Integration des Entrepreneurship-Trainings in **wissenschaftlichen und technischen Studiengängen sowie in technischen Instituten** (z. B. technischen Hochschulen und Fachhochschulen) zukommen, damit bessere Voraussetzungen für Spin-offs und innovative Start-up-Unternehmen geschaffen werden und Forscher sich unternehmerische Fertigkeiten aneignen können. Wirtschaftshochschulen und wissenschaftlich-technische Fakultäten sollten stärker zusammenarbeiten, beispielsweise durch die Bildung interdisziplinärer Teams von Studierenden und Doktoranden. Es sollte ein stärkerer Akzent auf die Entwicklung jener Fertigkeiten und Fähigkeiten gelegt werden, die für eine optimale Nutzung von **Innovation und Wissenstransfer** in Verbindung mit der **Vermarktung neuer Technologien** erforderlich sind.²³

Europäische Hochschulen müssen die strategische Rolle, die Innovation- und Wissenstransfer in ihrem Bildungsauftrag spielen, klar herausstellen.

Spin-offs von Hochschulen gelten zunehmend als wichtiges Instrument für die Entwicklung der lokalen Wirtschaftstätigkeit. Um dieser neuen Rolle auch gerecht zu werden, müssen sich sowohl Forscher als auch Hochschulen allerdings **Geschäfts- und Managementkompetenzen** aneignen.

Es gibt einige **interne Hemmnisse**, beispielsweise ein stark auf akademische Verdienste ausgerichtetes Karrieresystem, neben dem eine Laufbahn als Unternehmer noch immer nicht als überzeugende Option bestehen kann. Probleme scheint es auch bei der Durchlässigkeit der Hochschulwelt für die Arbeitskräftemobilität und der Fähigkeit der Hochschulen zu flexibler und strategisch ausgerichteter Einstellung ihres Personals zu geben.²⁴ Die sektorübergreifende Mobilität von Forschern während der gesamten Laufbahn (einschließlich der Doktorandenzeit) sollte zu einem normalen Bestandteil einer Forscherkarriere werden.²⁵ Mobilität dieser Art dürfte außerdem dazu beitragen, die erforderlichen Fähigkeiten und Kompetenzen für die Stärkung einer Unternehmerkultur und unternehmerischer Einstellungen an den Hochschulen zu verbessern.

²² Erhebung zum Thema *Entrepreneurship education in Europe*.

²³ Siehe auch: Mehr Forschung und Innovation – In Wachstum und Beschäftigung investieren: Eine gemeinsame Strategie, KOM (2005)488 endg.

²⁴ Nordic Innovation Centre, *Entrepreneurial learning & academic spin-offs*, Göteborg, Januar 2005.

²⁵ Europäische Charta für Forscher und Verhaltenskodex für die Einstellung von Forschern, C(2005) 576 endg. vom 22. März 2005.

Schließlich ist es von entscheidender Bedeutung, eine kritische Masse von Entrepreneurship-Lehrkräften zu schaffen und die grenzübergreifende Zusammenarbeit zu intensivieren. In ganz Europa werden innovative Konzepte für die Lehre unternehmerischen Denkens und Handelns in Hochschulen getestet, **der Austausch dieser Verfahren** sollte allerdings ausgeweitet werden.

4. DER WEITERE WEG

Die folgenden **Empfehlungen** für konkrete Maßnahmen basieren auf Fakten und vorbildlichen Verfahren in Europa. Handlungsbedarf besteht hauptsächlich auf nationaler oder lokaler Ebene. Zweck der Vorschläge ist es, Hilfe bei der Formulierung systematischerer Konzepte für die Erziehung zu unternehmerischem Denken und Handeln anzubieten und **die Rolle des Bildungswesens bei der Schaffung einer stärker unternehmerorientierten Kultur in den europäischen Gesellschaften zu stärken.**

4.1. Ein kohärenter Rahmen

- Nationale und regionale Behörden sollten eine **Dienststellen übergreifende Zusammenarbeit** einrichten, die zur Entwicklung einer Strategie mit klaren Zielen führt und alle Stufen des Bildungswesens im Kontext der nationalen Lissabon-Programme erfasst.
- Die **Lehrpläne für Schulen aller Ebenen** sollten unternehmerische Initiative ausdrücklich als Bildungsziel nennen und dazu Leitlinien für die Durchführung an die Hand geben.

4.2. Unterstützung für Schulen und Lehrer

- Durch eine Reihe verschiedener Instrumente sollten Schulen **praktische Unterstützung und Anreize** zur Einführung von Aktivitäten und Programmen für den Unterricht in unternehmerischer Initiative erhalten.
- Dabei sollte einer entsprechenden **Ausbildung der Lehrer** besonderes Augenmerk gelten, und zwar sowohl im Rahmen der Erstausbildung und der berufsbegleitenden Weiterbildung wie auch durch Praxiserfahrung; zudem müssen Schulleitungen und Schulträger sensibilisiert werden.

4.3. Teilnahme von externen Akteuren und Unternehmen

- Die **Kooperation zwischen Bildungseinrichtungen und der lokalen Gemeinschaft**, insbesondere den **Unternehmen**, sollte gefördert werden. Die Beteiligung an formellen und informellen Bildungsaktivitäten sollte von den Unternehmen als Investition sowie als Aspekte ihrer **sozialen Verantwortung** betrachtet werden.
- Die Schulen sollten dabei unterstützt werden, häufiger Gebrauch von **Schülerfirmen** zu machen. In diesem Kontext sollten die Aktivitäten von Organisationen, die diese Programme fördern, z. B. von nichtstaatlichen Organisationen, anerkannt werden und ihre Initiativen sollten systematischer unterstützt werden.

4.4. Die Förderung der unternehmerischen Initiative im Hochschulbereich

- Hochschuleinrichtungen sollten **unternehmerische Initiative** fächer- und kursübergreifend **integrieren**, vor allem im Rahmen wissenschaftlicher und technischer Studiengänge.
- Die **Unterstützung durch Behörden** ist besonders wichtig, damit Lehrer hochwertige Weiterbildungsmaßnahmen erhalten und Netze zum Austausch bewährter Verfahren aufgebaut werden können.
- Die **Mobilität der Lehrkräfte** zwischen Hochschulen und Wirtschaftswelt sollte gefördert werden, ebenso die Einbindung von **Geschäftsleuten** in die Lehre.

Die Mitgliedstaaten erhalten von der Kommission weiterhin Unterstützung bei umfassenderen politischen Maßnahmen durch Koordinierungstätigkeiten und spezifische Projekte. Sie wird bewährte Verfahren verbreiten und die Außenwirkung der Erziehung zu unternehmerischer Initiative durch eine Vielzahl von Maßnahmen unterstützen, wozu auch die Folgemaßnahmen der Empfehlung zu den Schlüsselkompetenzen gehören. Von 2006 an wird die unternehmerische Initiative verstärkt in den Hochschulbereich integriert werden. Ab 2007 wird das neue Integrierte Gemeinschaftsprogramm für lebenslanges Lernen innovative Projekte fördern, die eine europäische Dimension besitzen und der Förderung unternehmerischer Einstellungen und Fertigkeiten, aber auch der Unterstützung der Kontakte zwischen Bildungseinrichtungen und Unternehmen dienen. Der Europäische Sozialfonds wird weiterhin Initiativen auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene unterstützen.

Die Behörden der Mitgliedstaaten sind dazu aufgerufen, entsprechend den nationalen Erfordernissen **alles Nötige zu tun** und das Reformtempo zu beschleunigen. Diese Mitteilung wird als **Referenz** für die Überprüfung der Fortschritte auf politischer Ebene dienen, was hauptsächlich durch die Lissabon-Berichte geschieht, die die Mitgliedstaaten nach den Integrierten Leitlinien für Wachstum und Arbeitsplätze vorzulegen haben (*Leitlinie Nr. 15*).